



Georgien auf dem Weg in die Diktatur – und was dagegen noch getan werden kann

Das Policy Paper stammt von **Autorinnen und Autoren**, die anonym bleiben möchten
März 2026

Zusammenfassung

Georgien steht nach mehr als einem Jahrzehnt der Herrschaft der Partei „Georgischer Traum“ kurz davor, eine Ein-Parteien-Diktatur zu etablieren. Die Partei hat sich von einer nominell proeuropäischen Kraft zu einem offen autoritären Regime gewandelt, das sich an den strategischen Interessen Russlands ausrichtet. Seit 2023 hat sich der demokratische Rückschritt durch die Verabschiedung repressiver Gesetze, die sich gegen Zivilgesellschaft, unabhängige Medien, politische Opposition und öffentliche Proteste richten, erheblich beschleunigt. Das jüngste Gesetzespaket vom März 2026 schränkt den Handlungsspielraum unabhängiger Akteure weiter ein. International setzt sich jedoch zunehmend die Einschätzung durch, wie die Regierung der Partei „Georgischer Traum“ einzuordnen ist. Die Sanktionen des Vereinigten Königreichs gegen Propagandamedien im Februar 2026 sowie der Bericht im Rahmen des Moskauer Mechanismus der OSZE zu Menschenrechtsverletzungen im März 2026 sind die jüngsten Beispiele, die das Wirkungspotenzial externen Drucks verdeutlichen.

Die autoritäre Entwicklung im Innern Georgiens ist untrennbar mit einer umfassenderen geopolitischen Verschiebung verbunden. Der „Georgische Traum“ hat die EU-Beitrittsbemühungen eingefroren, eine antiwestliche Rhetorik übernommen und greift zunehmend Narrative des Kremls auf, während er zugleich Politiken vorantreibt, die objektiv russischen Interessen dienen. Dennoch ist Georgien nicht verloren. Trotz anhaltender Repression leisten Oppositionsparteien, Zivilgesellschaft, unabhängige Medien und eine klar proeuropäisch eingestellte Öffentlichkeit weiterhin Widerstand. Die Unterstützung für eine EU-Integration liegt stabil bei über 70 Prozent, und Massenproteste zeigen, dass es dem Regime bislang nicht gelungen ist, die gesellschaftlichen Einstellungen grundlegend zu verändern.

Ein zentraler analytischer Fehler in Teilen des Westens besteht darin, Georgien bereits als unumkehrbar von Russland vereinnahmt zu betrachten. Diese Fehleinschätzung birgt die Gefahr eines strategischen Rückzugs. Der entscheidende Treiber des Autoritarismus in Georgien ist nicht russische Kontrolle, sondern die innenpolitische Logik des Machterhalts: eine herrschende Elite, die nicht bereit ist, Macht abzugeben, und daher systematisch den demokratischen Pluralismus abbaut. Engagement

von außen bleibt dennoch entscheidend, da Georgien weiterhin in hohem Maße von wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Beziehungen zum Westen abhängig ist.

Eine wirksamere westliche Reaktion erfordert, über einzelne und reaktive Maßnahmen hinauszugehen und eine koordinierte Strategie aus Abschreckung und Unterstützung zu entwickeln. Sanktionen sollten in einen umfassenderen Rahmen klar kommunizierter roter Linien und Konsequenzen eingebettet werden und zugleich Anreize für Deeskalation enthalten. Gleichzeitig muss der Westen dem Erhalt der demokratischen Infrastruktur (Zivilgesellschaft, Medien und politische Akteure) Priorität einräumen – sowohl innerhalb des Landes als auch im Exil. Das Zeitfenster für wirksames Handeln schließt sich rasch, doch der Einfluss des Westens ist weiterhin erheblich. Die entscheidende Frage ist, ob er mit ausreichender Klarheit, Koordination und Entschlossenheit eingesetzt wird.

Einleitung

Im Jahr 2026 trat Georgien in das vierzehnte Jahr der Herrschaft der Partei „Georgischer Traum“ (GD) ein, die sich einst als prowestliche politische Kraft verstand, die sich EU-orientierten Reformen und einer demokratischen Transformation verpflichtet sah. Noch vor etwas mehr als einem Jahrzehnt galt Georgien weithin als Vorreiter der Demokratisierung im postsowjetischen Raum und als ernsthafter Kandidat für eine Mitgliedschaft in EU und NATO. Heute lässt sich das Land als nur noch fünf Minuten von einer Ein-Parteien-Diktatur entfernt beschreiben.

In den vergangenen Jahren hat sich die Entwicklung Georgiens von einer reformorientierten jungen Demokratie hin zu einem System mit zunehmend verfestigten autoritären Praktiken deutlich beschleunigt. Der Rückbau von Reformen und die Verabschiedung repressiver Gesetze gingen mit einer bewussten außenpolitischen Abkehr von den euro-atlantischen Partnern des Landes einher. Das politische System weist inzwischen deutliche Züge eines totalitären Systems auf: Oppositionsparteien stehen kurz vor einem Verbot; Oppositionsführer und Aktivisten sehen sich Verhaftung, Strafverfolgung oder Exil ausgesetzt; Zivilgesellschaft und unabhängige Medien stehen unter dauerhaftem rechtlichem und finanziellem Druck; loyale Parteikader haben Gerichte und Sicherheitsinstitutionen unter ihre Kontrolle gebracht; und formal unabhängige staatliche Einrichtungen unterliegen politischer Einflussnahme. Der „Georgische Traum“ betreibt zudem interne politische und administrative Säuberungen – ein typisches Merkmal autoritärer Regime.

Wie in vielen anderen Staaten der Region hat der demokratische Rückgang auch in Georgien zu einer außenpolitischen Neuorientierung geführt. Außenpolitische Zielsetzungen haben die innenpolitische Entwicklung des Landes seit der Wiedererlangung der Unabhängigkeit im Jahr 1991 maßgeblich geprägt; insbesondere diente die europäische Integration zumindest seit 2003 als zentraler Anker für demokratische Reformen. Der gegenwärtige Rückzug von der demokratischen Transformation und die außenpolitische Neujustierung sind daher zwei eng miteinander verbundene Dimensionen desselben politischen Prozesses.

Etablierung einer Ein-Parteien-Diktatur

Die autoritäre Entwicklung in Georgien ist seit 2023 deutlicher sichtbar geworden, insbesondere durch Gesetzgebung gegen sogenannten „ausländischen Einfluss“, die den Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft einschränkt und ausländische Finanzierung erschwert. Indem der „Georgische Traum“ die Kontrolle über Zivilgesellschaft, Medien und internationale Unterstützung zunehmend bündelt, versucht er, unabhängige Akteure zu neutralisieren und das Engagement von außen zu begrenzen – ein Muster, das auch in anderen autoritären Systemen zu beobachten ist.

Eine Reihe gesetzlicher Maßnahmen, die seit 2024 verabschiedet wurden, richtet sich systematisch gegen die Versammlungs- und Meinungsfreiheit, gegen politische Parteien und Medien sowie zuletzt auch gegen Universitäten. Große Teile dieses Regelwerks orientieren sich unmittelbar an rechtlichen Instrumenten des russischen Regierungssystems.

Zwar sind demokratische Rückschritte in jungen Demokratien nicht ungewöhnlich, doch im Fall Georgiens zeigt sich eine anhaltende und sich beschleunigende Entwicklung hin zu einer Ein-Parteien-Herrschaft, die eng mit den strategischen Interessen Russlands verknüpft ist. Entscheidend ist jedoch: Eine Diktatur ist noch keine vollendete Tatsache. Die kommenden Monate dürften genutzt werden, um diesen Prozess mit verschiedenen Mitteln abzuschließen – durch eine Intensivierung strafrechtlicher Verfolgung, finanziellen Druck auf unabhängige Medien mittels selektiver Finanzierung, Werbebeschränkungen und regulatorischer Geldstrafen, die Ausweitung von Ermittlungen gegen zivilgesellschaftliche Organisationen, die Verhaftung führender zivilgesellschaftlicher Akteure, Druck auf Aktivisten, das Land zu verlassen, die Festnahme politischer Gegner sowie die abschließende Umsetzung von Maßnahmen zum Verbot zentraler Oppositionsparteien.

Zentrale Merkmale des autokratischen Systems in Georgien

Es bestehen deutliche Parallelen zwischen dem georgischen Regime und anderen autoritären Systemen, doch mehrere Merkmale machen den georgischen Fall besonders:

- **Informelle Herrschaft:** Bidsina Iwanischwili übt faktisch die Kontrolle über den Staat aus, obwohl er kein formelles Regierungsamt innehat. Dies erschwert die Rechenschaftspflicht erheblich und begrenzt den Einfluss von außen auf ihn – nicht zuletzt aufgrund fehlenden Zugangs und seiner informellen Machtstellung.
- **Rasche autoritäre Entwicklung:** Georgien hat seinen Übergang von einer funktionierenden, EU-orientierten Demokratie zu einem formalisierten autokratischen System in ungewöhnlich kurzer Zeit nahezu vollzogen. Was in anderen Staaten ein Jahrzehnt dauerte, hat der „Georgische Traum“ in weniger als zwei Jahren erreicht.
- **Ausrichtung an Russland:** Die Regierung des „Georgischen Traums“ handelt faktisch im Einklang mit den strategischen Interessen Russlands.
- **Anhaltender gesellschaftlicher Widerstand:** Fast 500 Tage andauernde Straßenproteste zeugen von einem erheblichen Widerstand in der Bevölkerung.
- **Resiliente demokratische Akteure:** Zivilgesellschaft, unabhängige Medien, Wissenschaft und Oppositionsparteien verteidigen trotz massiven Drucks weiterhin demokratische Handlungsspielräume.

- **Anhaltend hohe proeuropäische Unterstützung:** Die Unterstützung für die europäische Integration bleibt überwältigend hoch und liegt konstant bei über 70 Prozent. Dies verdeutlicht die Spannung zwischen autoritärer Entwicklung und der europäischen Orientierung der Bevölkerung.

Jüngster schwerer Schlag gegen Zivilgesellschaft und politisches Engagement

Am 4. März 2026 verabschiedete der „Georgische Traum“ zusätzlich zum bestehenden Gesetz über Transparenz ausländischen Einflusses, zum Foreign Agents Registration Act (FARA) und zum Gesetz über Zuschüsse ein neues gesetzliches Rahmenwerk. Dieses Gesetzespaket dürfte Zivilgesellschaft, unabhängigen Medien und politischem Engagement einen potenziell existenziellen Schlag versetzen.

Weit gefasste Definition von Zuschüssen: Die Gesetzgebung erweitert die Definition eines Zuschusses erheblich. Der Begriff umfasst nun jegliche Übertragung ausländischer Mittel – finanzieller oder sachlicher Art –, die in der Annahme oder mit der Absicht verwendet werden könnten (bzw. entsprechend ausgelegt werden können), staatliche Institutionen, öffentliche Politik oder irgendeinen Teil der Gesellschaft zu beeinflussen. Dies schließt Aktivitäten ein, die auf die Gestaltung oder Veränderung der Innen- oder Außenpolitik abzielen, ebenso wie Initiativen im Zusammenhang mit öffentlichen oder politischen Interessen ausländischer Regierungen oder politischer Akteure. De facto bedeutet dies, dass Medieninhalte, politische Analysen, öffentliche Beiträge oder andere Veröffentlichungen von Denkfabriken oder zivilgesellschaftlichen Organisationen künftig nicht mehr von Personen erstellt werden können, die irgendeine Form ausländischer Finanzierung erhalten – selbst wenn diese in keinem Zusammenhang steht.

Das Gesetz setzt damit Mittel aus Dienstleistungsverträgen, Spenden und technischer Unterstützung Zuschüssen gleich. Transfers von Wissen, Expertise, Technologie oder professionellen Dienstleistungen werden automatisch als Zuschüsse eingestuft, sofern sie unter die weit gefasste politische Definition fallen. Damit entfällt die bislang bestehende Unterscheidung zwischen projektbezogenen Zuschüssen und vertraglichen Dienstleistungen; ein breites Spektrum legitimer professioneller und wissenschaftlicher Zusammenarbeit wird einbezogen. Kurz gesagt: Der „Georgische Traum“ spannt ein umfassendes Netz über alle Aktivitäten, die er möglicherweise als „politisch“ einstufen will, und droht, diese zu kriminalisieren, sobald sie in irgendeiner Weise mit ausländischer Finanzierung verbunden sind.

Pflicht zur staatlichen Vorab-Genehmigung: Alle derartigen „Zuschüsse“ (also Mittelübertragungen) bedürfen einer vorherigen Genehmigung durch die georgische Regierung – faktisch durch den Staatlichen Rechnungshof, der mit Staatsanwälten besetzt ist und von einem Vorgänger des derzeitigen Generalstaatsanwalts geleitet wird. Diese Regelung gilt nicht nur für inländische Organisationen, sondern auch für Zweigstellen oder Repräsentanzen ausländischer juristischer Personen (etwa deutscher Stiftungen) in Georgien. Selbst interne Mitteltransfers innerhalb internationaler Organisationen lösen die Genehmigungspflicht aus. Damit wird grenzüberschreitende Zusammenarbeit in politischen und policy-relevanten Fragen zu Georgien faktisch unterbunden. Organisationen stehen vor der Wahl, ihre Aktivitäten einer politischen Prüfung zu unterziehen oder erhebliche Sanktionen zu

riskieren. Das Fehlen klarer Verfahrensgarantien und objektiver Kriterien erhöht zusätzlich das Risiko willkürlicher oder politisch motivierter Entscheidungen.

Strafrechtliche Haftung: Der folgenreichste Aspekt der Änderungen ist die Ersetzung verwaltungsrechtlicher Haftung durch strafrechtliche Haftung – mit Freiheitsstrafen von bis zu sechs Jahren. Tätigkeiten im Zusammenhang mit Zuschüssen ohne vorherige Genehmigung können mit Geldstrafen, gemeinnütziger Arbeit oder Freiheitsentzug von bis zu sechs Jahren geahndet werden. Diese Einstufung hebt Verstöße in die Kategorie schwerer Straftaten und ermöglicht den Einsatz eingriffsintensiver Ermittlungsmaßnahmen wie Durchsuchungen, Beschlagnahmen und verdeckte Überwachung. Indem ein zuvor regulativer Verstoß kriminalisiert wird, entfaltet die Gesetzgebung eine erhebliche abschreckende Wirkung. Zivilgesellschaftliche Akteure, Geberorganisationen und einzelne Expertinnen und Experten sehen sich der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung, Vermögenseinfrierungen und langjähriger Haftstrafen ausgesetzt – für Tätigkeiten, die international als legitime Formen gesellschaftlicher Teilhabe gelten.

Rückwirkende Anwendung: Die Änderungen enthalten eine Klausel, die Organisationen verpflichtet, für zuvor erhaltene Zuschüsse, die zum Zeitpunkt ihres Erhalts keiner Genehmigung unterlagen, innerhalb eines Monats nach Inkrafttreten des Gesetzes nachträglich eine Genehmigung einzuholen. Während dieses Zeitraums ist die Verwendung dieser Mittel untersagt. Diese rückwirkende Anwendung untergräbt die Rechtssicherheit und bringt Organisationen in eine ausweglose Lage: Zuvor rechtmäßige Vereinbarungen können plötzlich strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Auswirkungen auf Mittelgeber und internationale Organisationen: Die Änderungen begründen nicht nur Haftung für Empfänger, sondern auch für Mittelgeber und andere an der Finanzierung beteiligte Akteure. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausländischer Organisationen können strafrechtlich belangt werden, wenn sie nicht genehmigte Finanzierungsaktivitäten durchführen. Dies schafft erhebliche Unsicherheit für internationale Mittelgeber, einschließlich multilateraler Institutionen und Entwicklungsorganisationen. Um Risiken zu minimieren, könnten Mittelgeber gezwungen sein, sich zurückzuziehen, ihr Engagement zu reduzieren oder auf intransparente Zwischenlösungen auszuweichen. Dies würde langjährige Partnerschaften zur Unterstützung von Rechtsberatung, investigativem Journalismus, Wahlbeobachtung und sozialen Dienstleistungen untergraben. Zudem verstoßen die neuen Beschränkungen klar gegen die Verpflichtungen Georgiens aus dem Assoziierungsabkommen mit der EU.

Einschränkungen politischer Teilhabe: Das Gesetzespaket enthält Bestimmungen, die über die Zivilgesellschaft hinausgehen und auch politische Akteure betreffen. Führende Vertreter politischer Parteien können strafrechtlich belangt werden, wenn sie ausländische Finanzierung annehmen. Personen, die bei Organisationen beschäftigt sind, deren Einnahmen zu mehr als 20 Prozent aus ausländischen Quellen stammen, wird für die nächsten acht Jahre die Mitgliedschaft in politischen Parteien untersagt. Diese Regelungen ziehen eine klare Trennlinie zwischen zivilgesellschaftlichem Engagement und parteipolitischer Tätigkeit und schließen faktisch einen erheblichen Teil aktiver Bürgerinnen und Bürger von politischer Teilhabe aus.

Auswirkungen auf Wirtschaft und Unternehmer: Ein neuer Tatbestand im Ordnungswidrigkeitenrecht betrifft Unternehmen, die sich an öffentlichen politischen Aktivitäten beteiligen, die nicht mit ihrer

eigentlichen Geschäftstätigkeit zusammenhängen. Die Sanktion besteht in einer Geldbuße von 20.000 GEL (rund 7.000 EUR); wiederholte Verstöße führen zu strafrechtlicher Haftung und machen es Unternehmen faktisch unmöglich, zivilgesellschaftliche Initiativen zu unterstützen.

Kriminalisierung der „Nichtanerkennung“ verfassungsmäßiger Organe: Änderungen des Strafgesetzbuchs sehen Strafen für „systematische und öffentliche“ Aufrufe vor, staatlichen Organen den Gehorsam zu verweigern, alternative Autoritäten zu schaffen oder die Legitimität der verfassungsmäßigen Ordnung infrage zu stellen. Die Sanktionen reichen von Geldstrafen über gemeinnützige Arbeit bis hin zu Freiheitsstrafen von bis zu drei Jahren. Darüber hinaus kann eine solche „Nichtanerkennung“ als erschwerender Umstand bei anderen Straftaten gewertet werden und zu höheren Strafen führen. Die vage und weit gefasste Formulierung eröffnet den Behörden erheblichen Ermessensspielraum und weckt die Sorge, dass bereits gewöhnliche politische Äußerungen – etwa die Bezeichnung der Regierungspartei als „Regime“ oder die Weigerung, Amtsträger als legitim anzuerkennen – als strafbares Verhalten gewertet werden könnten.

Neue Einschränkungen für Versammlungen: Kriminalisierung von Protesten auf Gehwegen

Ende Dezember 2025 verabschiedete das georgische Parlament ein weiteres Paket von Gesetzesänderungen zum Versammlungs- und Demonstrationsgesetz sowie zum Ordnungswidrigkeitenrecht, das die Einschränkungen für öffentliche Proteste weiter verschärfte. Die Änderungen erweitern den Katalog verbotener Handlungen auf die „Behinderung der Fortbewegung von Personen“ in Fußgängerbereichen, einschließlich Gehwegen, während zuvor nur die Blockade von Straßen strafbar war. Damit werden selbst nicht störende Protestformen – etwa das Stehen oder Rufen von Parolen auf einem Gehweg – zu einem Verstoß, der mit bis zu 15 Tagen Verwaltungshaft sowie verschärften Strafen bei Wiederholung geahndet werden kann. Mehr als 20 Personen wurden auf dieser Grundlage vor Gericht gestellt, über 16 von ihnen zu Haftstrafen von vier bis fünf Tagen verurteilt. Es ist das erste Mal in der Geschichte Georgiens, dass Menschen allein dafür festgenommen wurden, dass sie während einer regierungskritischen Demonstration auf einem Gehweg standen.

Vor dem Hintergrund weiterer repressiver Maßnahmen im Laufe des Jahres 2025 fügen sich diese Änderungen in eine umfassendere Strategie ein, den Handlungsspielraum für zivilgesellschaftliches Engagement systematisch zu verengen: Einschränkungen, die auf dem Papier gering erscheinen mögen, haben in der Praxis gravierende Folgen, indem sie aktive Teilnahme am öffentlichen Leben zu einem Anlass für Verhaftung und Verurteilung machen.

Der Moskauer Mechanismus der OSZE 2026

Am 12. März 2026 veröffentlichte das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) der OSZE einen Bericht im Rahmen des Moskauer Mechanismus, der eine deutliche Verschlechterung der Menschenrechte und Grundfreiheiten in Georgien feststellt. Der Mechanismus, der im Januar 2026 von 24 Teilnehmerstaaten aktiviert wurde – eines der ältesten und wirkungsvollsten Instrumente der OSZE –, stellt autoritäre Praktiken in Georgien fest, darunter Einschränkungen der Versammlungsfreiheit, Schikanen gegen Oppositionsvertreter und Journalisten, politisch motivierte

Strafverfolgung, Gesetze zur Einschränkung von Zivilgesellschaft und Medienfreiheit sowie willkürliche Inhaftierungen und Misshandlungen.

Der Bericht unterstreicht die schwerwiegende Erosion demokratischer Institutionen im Land und fordert die georgischen Behörden zu umgehenden Korrekturmaßnahmen auf. Zugleich ruft er die OSZE-Mitgliedstaaten dazu auf, die Umsetzung zu überwachen und gezielte Sanktionen oder die Einschaltung internationaler Rechtsmechanismen – etwa des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH), des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR), des UN-Ausschusses gegen Folter oder des Internationalen Gerichtshofs (IGH) – in Erwägung zu ziehen.

Geopolitische Neuausrichtung

Die autoritäre Wende in der Innenpolitik Georgiens geht mit einer umfassenderen geopolitischen Neujustierung einher. Der „Georgische Traum“ übernimmt nicht nur im Inland zunehmend Methoden nach russischem Vorbild, sondern greift auch verstärkt antiwestliche Propagandanarrative des Kremls auf und spiegelt dessen Haltung gegenüber westlichen Akteuren wider. Neben konkreten Schritten wie der Aussetzung des EU-Beitrittsprozesses und der Reduzierung der Zusammenarbeit mit der NATO stellt die georgische Regierung die EU und andere internationale Partner als „Deep State“ (was auch immer damit gemeint sein soll) sowie als feindliche Mächte dar, die sich in die inneren Angelegenheiten Georgiens einmischen und seine Souveränität untergraben wollen. Staatlich kontrollierte Propagandamedien verstärken diese antiwestlichen Narrative, die darauf abzielen, die liberaldemokratische Gemeinschaft zu diskreditieren und die europäische Integration als Bedrohung statt als nationales Ziel darzustellen.

Erst kürzlich kündigten vom „Georgischen Traum“ kontrollierte Medien eine Fernsehdebatte an, in der die Begründung für die EU-Integration grundsätzlich infrage gestellt wird. Dies ist ein beispielloser Schritt, der sich gegen das zentrale außenpolitische Ziel Georgiens richtet – trotz überwältigender öffentlicher Unterstützung und der verfassungsrechtlichen Verankerung des europäischen Kurses. Mindestens zwei künstlich geschaffene, dem „Georgischen Traum“ nahestehende Parteien fordern aktiv eine Verfassungsänderung sowie ein Referendum darüber, ob Georgien weiterhin eine EU-Mitgliedschaft anstreben soll. Diese Entwicklungen fügen sich nahtlos in die langfristigen strategischen Interessen Russlands in Bezug auf Georgien und die weitere Region ein.

Russland verfolgt in Georgien das strategische Ziel, seinen Einfluss auf die Innen- und Außenpolitik des Landes auszubauen und zu festigen. Hierfür setzt es ein breites Spektrum hybrider Instrumente ein, um politische Polarisierung zu vertiefen, Desinformation zu verbreiten, demokratische Erosion zu fördern und Georgien weiter von seinen westlichen Partnern zu isolieren.

Die politische Debatte in Georgien kreist häufig um die immer gleiche Frage: Ist der „Georgische Traum“ „pro-russisch“? Werden seine Führungspersonen von Moskau gesteuert? Handelt es sich um russische Agenten oder um zynische Pragmatiker? Diese Begriffe haben jedoch an analytischem Wert verloren. Sie laden zu Abwehrreaktionen, begrifflichen Spitzfindigkeiten und propagandistischen Auseinandersetzungen ein. Die Realität ist einfacher und zugleich gefährlicher: Das innenpolitische

System, die außenpolitische Ausrichtung und das Informationsumfeld Georgiens haben sich **funktional an russische Interessen angeglichen**.

In den vergangenen Jahren hat nahezu jede bedeutende politische, rechtliche und außenpolitische Entscheidung der Regierung des „Georgischen Traums“ entweder zur Förderung oder zumindest zum Schutz russischer Interessen beigetragen: vom Abbau von NATO-Interoperabilitätsstrukturen und dem Stopp von Reformen im Rahmen der EU-Integration über die Kriminalisierung der Zivilgesellschaft, die Übernahme kremlnaher Gesetzgebung und den Einsatz von Propaganda bis hin zur Vorbereitung geschichtsrevisionsistischer Narrative.

Diese Ausrichtung an Moskaus Interessen zeigt sich sowohl im außenpolitischen Verhalten der Regierung als auch in ihren strategischen Entscheidungen. Die substanzielle Arbeit am EU-Beitritt wurde eingefroren, und von der EU geforderte Reformen werden als „von außen aufgezwungene Einmischung“ umgedeutet und kritisiert. Eine parlamentarische Kommission hat zudem die Darstellung des Krieges von 2008 in einer Weise revidiert, die die Verantwortung von Russland weg und hin zu inneren „Provokateuren“ verschiebt. In Erfüllung einer langjährigen russischen Forderung schaffte die Regierung außerdem die Übergangsverwaltung für Südossetien ab – eine Struktur, die 18 Jahre lang bestand und verdeutlichen sollte, dass es sich um einen zwischenstaatlichen Konflikt zwischen Georgien und Russland handelt.

Die Neuausrichtung zeigt sich auch in der Rhetorik der Regierungspartei gegenüber dem Westen. Regierungsnahe Medien zeichnen EU und USA zunehmend als Akteure, die Georgien in einen Krieg hineinziehen, seine Traditionen untergraben und seine Politik über NGOs und Medien steuern wollen – zentrale Elemente russischer Desinformation.

Auch in strategischen wirtschafts- und sicherheitspolitischen Entscheidungen wird der außenpolitische Kurswechsel sichtbar. Der „Georgische Traum“ stoppte das Tiefseehafenprojekt Anaklia und lehnte damit westliche (einschließlich amerikanischer) Investitionen und Einfluss im Schwarzen Meer ab. Wie ein ehemaliger Investor des Projekts berichtet, habe Iwanischwili argumentiert, im Schwarzen Meer sei „kein Platz für die Amerikaner“ – eine Aussage, die exakt einem strategischen Ziel entspricht, das Moskau seit Jahrzehnten verfolgt.

Am wichtigsten ist jedoch, dass diese Neuausrichtung ein weiteres langfristiges Ziel Moskaus vorangebracht hat: das schrittweise Verschwinden Georgiens von der außenpolitischen Agenda des Westens. „Georgien-Müdigkeit“ und die Einschätzung „Georgien ist verloren“ dienen zunehmend als Kurzformel für politisches Nichtstun. Für Russland war es stets ein strategisches Ziel, Georgien aus dem westlichen politischen Diskurs zu verdrängen – der „Georgische Traum“ ist zu einem Instrument zur Erreichung dieses Ziels geworden.

Warum Georgien noch nicht verloren ist

In Teilen des Westens setzt sich zunehmend die Auffassung durch, Russlands Kontrolle über Georgien sei bereits so weit fortgeschritten, dass westliches Engagement keinen Unterschied mehr machen könne. Diese Sichtweise ist sowohl falsch als auch strategisch gefährlich. Sie ist falsch, weil

Russland zwar Einfluss ausübt und die Regierung des „Georgischen Traums“ sich an russischen strategischen Interessen ausgerichtet hat, Russland jedoch nicht der entscheidende Treiber der autoritären Entwicklung in Georgien ist. Die Repression ist innenpolitisch motiviert: Selbst wenn Moskaus Einfluss morgen drastisch zurückgehen würde, würde die politische Führung in Tiflis nicht zurücktreten. Im Gegenteil: Sie würde ihren Kurs vermutlich weiter verschärfen und gegen reale wie vermeintliche Gegner vorgehen, um die oligarchische Herrschaft zu sichern.

Strategisch gefährlich ist diese Sichtweise, weil sie zu Lähmung und Resignation verleitet. Indem sie die Rolle Russlands überbewertet, negiert sie die Handlungsspielräume innerstaatlicher Akteure und verleitet den Westen zum Rückzug – genau in dem Moment, in dem Engagement weiterhin entscheidend ist.

Ebenso wenig ist Georgiens Entwicklung das Ergebnis eines „übermäßigen Ausbalancierens“, also der Annahme, Autoritarismus sei eine defensive Reaktion auf geopolitischen Druck sowohl aus Russland als auch aus dem Westen. Georgien wird nicht durch äußere Zwänge in eine Diktatur gedrängt. Vielmehr wird das Land von einer herrschenden Elite in diese Richtung geführt, die zu dem Schluss gekommen ist, dass ein Machtverlust inakzeptabel wäre – und dass demokratischer Pluralismus daher eine existenzielle Bedrohung darstellt.

Drei Faktoren machen besonders deutlich, dass Georgien noch kein verlorener Fall ist.

Erstens leisten politische Parteien und führende Köpfe weiterhin Widerstand – selbst unter massivem Druck und aus der Haft heraus. Sie organisieren sich weiterhin, vertreten Bürgerinnen und Bürger bei Straßenprotesten, kommunizieren mit internationalen Partnern und weigern sich, Autoritarismus als normal und unumkehrbar hinzunehmen. Selbst wenn einzelne Parteien verboten oder an der Teilnahme an Wahlen gehindert werden, wird die politische Opposition nicht einfach verschwinden – sofern sie nicht physisch zerschlagen oder ins Exil gezwungen wird. Zwar erhöhen die vorgeschlagenen Gesetzesänderungen genau dieses Risiko erheblich, doch die Opposition wird sich nicht kampflös ergeben.

Zweitens funktionieren unabhängige Medien und die Zivilgesellschaft trotz Diffamierung, rechtlicher Schikanen und finanziellen Drucks weiterhin. Investigativer Journalismus wird fortgesetzt, Korruption aufgedeckt, Desinformation analysiert, Aussagen von Politikerinnen und Politikern überprüft, und die Idee eines europäischen Georgiens bleibt im öffentlichen Raum präsent. Viele Organisationen arbeiten unter dem ständigen Risiko von Geldstrafen, Durchsuchungen und Strafverfolgung – und arbeiten dennoch weiter. Auch wenn die neue Gesetzgebung die Arbeit von Zivilgesellschaft, Medien und Aktivisten erheblich beeinträchtigen könnte, werden viele ihre Tätigkeit fortsetzen – sei es aus dem Ausland oder bewusst im Widerspruch zum Gesetz. Damit steigt allerdings auch der persönliche Preis des Widerstands weiter an.

Drittens – und am wichtigsten – bleibt die georgische Bevölkerung in ihrer europäischen Orientierung überwältigend gefestigt. Die vielfach verbreiteten Bilder von mit EU-Flaggen gefüllten Straßen in Tiflis, umgeben von Tränengas, spiegeln einen belastbaren gesellschaftlichen Konsens über den künftigen Kurs des Landes wider. Dass die Proteste seit über einem Jahr andauern und die Unterstützung für eine

EU-Mitgliedschaft konstant hoch ist, zeigt, dass es dem Regime nicht gelungen ist, Georgien auf der Ebene von Identität und politischer Orientierung von Europa zu lösen.

Diese Faktoren erklären, warum die Regierung weiterhin erhebliche Ressourcen in neue repressive Gesetzgebung und antiwestliche Propaganda investiert und gleichzeitig Narrative entwickelt, die sich an westlich-konservativer Sprache orientieren und den Anspruch erheben, „echte“ georgische und westliche Werte zu „verteidigen“. Wäre die Gesellschaft bereits von Europa abgerückt, wären solche Anstrengungen nicht notwendig. Georgien ist noch nicht unumkehrbar verloren.

Die westliche Reaktion auf die Krise in Georgien

Für die Europäische Union und den Westen insgesamt stellt sich die zentrale Frage, ob sie es sich leisten können, Georgien zu verlieren oder die Etablierung einer Ein-Parteien-Diktatur in einem Beitrittskandidatenland hinzunehmen. Dabei geht es nicht nur um die Zukunft Georgiens, sondern auch um die Glaubwürdigkeit der EU-Erweiterungspolitik und ihre transformative Kraft.

Das strategische Ziel des Westens sollte daher darin bestehen, autoritäre Herrschaft zurückzudrängen und den Einfluss des Kremls zu begrenzen, indem die politischen Kosten für den „Georgischen Traum“ für eine Demontage der Demokratie deutlich erhöht werden. Ein entschlosseneres, prinzipiengeleitetes und selbstbewussteres europäisches Engagement ist notwendig – nicht nur, um gezielten Einfluss- und Desinformationsversuchen von außen und autoritärer Entwicklung entgegenzuwirken, sondern auch, um die gesellschaftlichen Kräfte zu stärken, die sich weiterhin demokratischer Regierungsführung und europäischer Integration verpflichtet fühlen. Solange in Georgien belastbare demokratische Räume bestehen, gibt es weiterhin eine Chance, die Demokratie des Landes zu bewahren.

Das Schlimmste, was die westlichen Staaten jetzt tun könnten, wäre, sich zurückzuziehen und damit der Darstellung des „Georgischen Traums“ Vorschub zu leisten, die georgische Bevölkerung habe kein Interesse mehr an westlicher Integration.

Was der Westen noch tun kann?

Ein realistischer Ausgangspunkt ist die Erkenntnis, dass Regimewechsel und Demokratisierung letztlich immer von innen kommen müssen. Externer Druck allein kann nicht zum Sturz der herrschenden Partei führen. Gegenteilige Annahmen befeuern vielmehr propagandistische Narrative, wonach ein „Deep State“ und eine „globale Kriegspartei“ über lokale Akteure einen Umsturzversuch betreiben. Was externe Akteure jedoch leisten **können**, ist, ausreichend demokratische Räume – politischer, zivilgesellschaftlicher und medialer Art – zu erhalten, damit Widerstand möglich bleibt, bis Veränderungen erreichbar werden.

Das Engagement des Westens fällt bislang durch Uneinigkeit und Zögerlichkeit schwach aus. Washington hat sich von Georgien entfernt, Europa ist gespalten. Zunehmend verfolgen EU-Mitgliedstaaten unterschiedliche Ansätze: Einige normalisieren den Umgang mit dem „Georgischen Traum“, ohne Kontakte an demokratische Standards zu knüpfen, während andere hochrangige

politische Treffen vermeiden, um nicht den Eindruck zu erwecken, die autoritäre Entwicklung zu billigen und ihr damit Legitimität zu verleihen.

In den vergangenen Jahren haben EU-Mitgliedstaaten, die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich mehrere gezielte Sanktionen gegen georgische Amtsträger im Zusammenhang mit Menschenrechtsverletzungen verhängt. Diese überwiegend auf Einzelpersonen ausgerichteten Maßnahmen hatten bislang nur begrenzte Auswirkungen auf die Regierungspolitik des „Georgischen Traums“. Die jüngsten britischen Sanktionen vom 24. Februar 2026, die im Rahmen eines umfassenderen Sanktionspakets im Zusammenhang mit Russland eingeführt wurden, richten sich gegen zwei große regierungsnahe Fernsehsender in Georgien, Imedi TV und POSTV, wegen der Verbreitung „bewusst irreführender Informationen“ über Russlands groß angelegten Angriffskrieg gegen die Ukraine. Indem sie zentrale Propagandainstrumente des „Georgischen Traums“ ins Visier nehmen, erweisen sich diese Sanktionen als besonders wirksam: Sie treffen ein zentrales Instrument der autoritären Machtfestigung und zeigen, dass gezielt eingesetzte Maßnahmen die Mechanismen autoritärer Herrschaft direkt schwächen können.

Da es unwahrscheinlich ist, dass die EU Einstimmigkeit über substanzielle Maßnahmen herstellt, ist es nicht sinnvoll auf einen solchen Konsens zu warten. Die Reaktion muss in koordiniertem Druck durch eine Koalition williger Staaten bestehen – konkret durch Staaten, die bereit sind, gemeinsam über bilaterale Instrumente zu handeln: abgestimmte Diplomatie, koordinierte Kommunikation, konditionierte finanzielle Zusammenarbeit und enge Abstimmung mit den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich.

Ein solches Engagement des Westens ist entscheidend, weil sein Einfluss auf Georgien weiterhin erheblich ist. Georgien ist noch nicht von Russland abhängig, sondern nach wie vor stark vom Westen – durch Investitionen, Märkte, Kredite, Zuschüsse, Rücküberweisungen und die internationale Finanzarchitektur. Diese Abhängigkeit ist das stärkste Instrument des Westens, um eine Gesellschaft zu unterstützen, die ihre demokratischen Ambitionen nicht aufgegeben hat.

Bislang wird das Potenzial von Sanktionen nicht ausgeschöpft. Nicht, weil die verhängten Sanktionen unnötig gewesen wären, sondern weil sie häufig zu spät und nur in begrenztem Umfang eingesetzt wurden, statt Teil einer umfassenden Strategie zu sein. Eine solche Strategie müsste darauf abzielen, eine weitere Erosion der Demokratie zu verhindern und bereits verabschiedete drakonische Gesetze wieder zurückzunehmen. Erforderlich ist daher ein umfassenderer Ansatz, der Abschreckung mit gezieltem politischem Engagement verbindet. Dazu gehört, dass Sanktionen und vergleichbare Maßnahmen – wo immer möglich – klar angekündigt werden: Bestimmte undemokratische Schritte müssen eindeutig benannt und mit konkreten Konsequenzen verknüpft werden. Gleichzeitig sollte eine solche Strategie auch gezielt gesetzte Anreize enthalten, die eine Deeskalation fördern und den Weg zurück zu demokratischen Verpflichtungen eröffnen.

Der Bericht im Rahmen des Moskauer Mechanismus der OSZE liefert belastbare Daten zu Menschenrechtsverletzungen vor Ort und formuliert konkrete Empfehlungen für die OSZE-Mitgliedsstaaten. Er verbindet gut dokumentierte Fakten mit konkreten politischen Handlungsempfehlungen und kann als solide Grundlage für evidenzbasierte, gezielte internationale

Maßnahmen dienen, die es der internationalen Gemeinschaft ermöglichen, strategisch statt lediglich reaktiv auf autoritäre Entwicklungen in Georgien zu reagieren.

Eine ernsthafte westliche Antwort sollte sich daher auf folgende Punkte konzentrieren:

- **Abschreckung:** Klare rote Linien und Konsequenzen kommunizieren, bevor neue restriktive Maßnahmen ergriffen werden; bei Verstößen müssen Konsequenzen folgen, doch entscheidend ist die vorherige klare Kommunikation und Konditionalität.
- **Hochrangiges, konditioniertes Engagement:** Ein Engagement ohne Bedingungen, wie es beispielsweise von einigen EU-Mitgliedstaaten praktiziert wurde, hat lediglich dazu geführt, dass „Georgischer Traum“ sich noch mehr ermutigt fühlte; daher müssen diplomatische Bemühungen durch Zuckerbrot und Peitsche sowie einen Durchsetzungsplan untermauert werden.
- **Ansatz am Stabilitätskalkül des Regimes:** Der Westen sollte den Einsatz von Instrumenten ausweiten, die die finanzielle und reputative Stabilität des Regimes betreffen (Reisen, Vermögenswerte, Netzwerke und Zugang zu Transaktionen), ergänzend zu gezielten individuellen Sanktionen.
- **Schutz demokratischer Infrastruktur:** Sicherstellen, dass Zivilgesellschaft und unabhängige Medien finanziell und rechtlich überleben können – nötigenfalls im Exil; Unterstützung beim Erhalt einer minimalen Arbeitsfähigkeit, auch durch flexible und sichere Finanzierungsinstrumente.
- **Aufrechterhaltung politischer Sichtbarkeit Georgiens:** Georgien durch koordinierte Aufmerksamkeit auf Minister- und Parlamentsebene auf der Agenda halten; das Regime profitiert von nachlassender Aufmerksamkeit und Ermüdung.
- **Stärkung gesellschaftlicher Resilienz:** Unterstützung von Jugendbewegungen, Watchdog-Initiativen, Faktenchecks, Wahlbeobachtungskapazitäten und rechtlicher Verteidigung – also genau jener Bereiche, die das Regime gezielt zu schwächen versucht.

Die eingang erwähnten „fünf Minuten“, die Georgien vor der Einführung einer Ein-Parteien-Diktatur steht, ist keine Metapher für Hoffnungslosigkeit, sondern für Dringlichkeit. Die westlichen Staaten verfügen weiterhin über erheblichen Einfluss auf Georgien. Die entscheidende Frage ist, ob sie bereit sind, diesen mit Klarheit, Koordination und Entschlossenheit einzusetzen.